

Antrittsrede

zur Wahl des Vorstands der KV Berlin zur Amtszeit von 2005 – 2010

vorgetragen von Dr. Angelika Prehn vor der Vertreterversammlung am 27.11.04

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der neu gewählte Vorstand bedankt sich für das Vertrauen, das die Mehrheit der Vertreterversammlung uns dreien ausgesprochen hat. Wir unsererseits versprechen, uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Belange der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten einzusetzen – gegenüber den Krankenkassen, der Politik und der Berliner Öffentlichkeit. Wir werden die Integrationskraft der KV verbessern und uns weder von Politik noch von Krankenkassen auseinander dividieren lassen. Dies ist angesichts des wachsenden Drucks auf die KVen und der steigenden Bürokratie wichtiger denn je. Nur eine starke Kassenärztliche Vereinigung kann diesem Druck im Interesse unserer Mitglieder standhalten.

Mit Beginn der neuen Amtszeit am 1. Januar 2005 steht eine Fülle wichtiger Aufgaben und Herausforderungen an, die wir gemeinsam mit der Vertreterversammlung anpacken müssen. Oberstes Ziel ist und bleibt es, die qualitätsgesicherte ambulante Medizin durch niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten zu erhalten, auszubauen und ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Das funktionierende Netz aus Haus- und Fachärzten und Psychologischen Psychotherapeuten muss erhalten und weiter verbessert werden. Es bietet den Patienten eine flächendeckende, qualitätsgesicherte und hoch spezialisierte ambulante Versorgung. Etliche Leistungen, die Jahrzehnte nur am Krankenhaus möglich waren, werden heute ambulant erbracht. Den Patienten spart dies unnötige Krankenhausaufenthalte, den Berliner Krankenkassen obendrein noch viel Geld.

Wir werden diese Vorzüge in der Öffentlichkeit noch stärker herausstellen und dazu beitragen, das Ansehen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten weiter zu verbessern. Wir werden deutlich machen, dass gute Arbeit ihren Preis hat und bei allen Rationalisierungsreserven zusätzliche Finanzmittel in die ambulante Medizin fließen müssen. Ohne eine angemessene Finanzierung können wir die Qualität nicht halten. Ohne eine angemessene Finanzierung können wir nicht mehr alle Leistungen erbringen. Dies werden wir den Krankenkassen klar machen – und zwar gemeinsam. Nur gemeinsam können wir den nötigen Druck ausüben, um sichtbar und spürbar zu machen, dass das Geld nicht ausreicht.

Ein Lichtblick am Honorar-Horizont ist die Einführung der morbiditätsgewichteten Regelleistungsvolumen 2007 und die damit verbundene Ablösung der Honorarbudgets. Das Morbiditätsrisiko wird dann erstmals wieder dort liegen, wo es hingehört: bei den Krankenkassen. Diese Chance müssen wir nutzen. Bis dahin wird der Vorstand verstärkt auf den Abschluss von Vergütungsverträgen drängen, die zusätzliche außerbudgetäre

Bezahlungen beinhalten. Bei Verhandlungen zu weiteren DMPs werden wir darauf bestehen, dass der bürokratische Aufwand niedrig gehalten und die Mehrarbeit angemessen vergütet wird.

Das Gesundheitswesen steht vor grundlegenden Strukturveränderungen. Das zu Jahresbeginn in Kraft getretene Gesundheitsmodernisierungsgesetz ist reich an Vorschriften, die zu einer Veränderung in der Versorgungslandschaft führen werden. Die Zerschlagung der ambulanten Facharztmedizin konnte zwar in letzter Minute verhindert werden, doch die Gefahr der Ausgrenzung niedergelassener Ärzte besteht weiter.

Die wenigen bisher existierenden Verträge zur integrierten Versorgung zeigen in eine Richtung: Das an die KV gezahlte Honorar und damit unser aller Geld wird weniger. Die Kassen, liebe Kollegen, dürfen für IV-Projekte bis zu 1 Prozent von unserem Gesamthonorar einbehalten, selbst dann, wenn an dem Vertrag kein einziger Vertragsarzt teilnimmt. Und damit nicht genug: Reicht das eine Prozent zur Finanzierung der integrierten Versorgung nicht aus, dürfen die Krankenkassen weiterer Gelder abziehen – von unserer Gesamtvergütung, nicht von den Krankenhäusern. Aber auch bei der Beteiligung von niedergelassenen Kollegen verliert die Masse: Denn es fließt Geld aus unserem gemeinsamen Topf in die Taschen einiger von den Kassen "herausgepickter" Ärzte. Der neue Vorstand wird diese Entwicklung genau beobachten und – wenn nötig – einschreiten.

Für die ambulante Versorgung ist sicher auch die Einführung der hausarztzentrierten Versorgung eine wichtige Neuerung. Sie soll die Funktion der Hausärzte als Lotsen in Kooperation mit den Fachärzten stärken. Das ist auch gut so. Aber sie muss freiwillig sein. Es darf kein Zwang auf Versicherte ausgeübt werden. Denn diese Versorgungsform bedeutet leider auch die Einschränkung der freien Arztwahl – in der fachärztlichen *und* in der hausärztlichen Versorgung. In der hausärztlichen Versorgung, weil kein Anspruch auf Vertragsabschluss besteht. Die Berliner Krankenkassen haben uns bisher noch keine Angebote unterbreitet. Eines ist aber sicher: Wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Hausarzt, der die Anforderungen erfüllt, auch einen Vertrag erhält.

Mein Appell: Lassen Sie sich nicht ohne vorherige Prüfung im Netz vorgeblich lukrativer Einzelverträge fangen. Viele Verträge werden nur so lange halten, bis ein billigerer Anbieter aus einem anderen Lager kommt. Ärztliche Solidarität im Boot der KV mag dem einen oder anderen noch immer als unangenehmer Zwang erscheinen. Jetzt und in naher Zukunft werden wir den Schutz der KV benötigen, um uns gegen die übermächtigen Kassen zu schützen. Und über eines müssen wir uns auch im Klaren sein: Die Gegner der Kassenärztlichen Vereinigungen werden weiter versuchen, das so genannte Kartell KV zu zerschlagen. Schon dieses Ansinnen zeigt, wie wichtig die KV heute ist.

Ich bin froh, dass die Berliner KV sich den Herausforderungen stellt. Der Vorstand hat einem Konzept zugestimmt, das darlegt, wie sich unsere KV wettbewerblich aufstellt, wie sie selbst Initiative ergreift und – jenseits des Paragraphen 140 a, an dem wir ja nicht mitwirken dürfen, Vorstellungen entwickelt, um bei häufigen Krankheitsbildern zu einer sektorenübergreifenden Integrationsversorgung in dieser Stadt zu kommen. Diese KV wird sich mit konkreten Vorschlägen aktiv in die gesundheitspolitische Diskussion der Stadt einbringen.

Haus- und Fachärzte stehen in Berlin seit vielen Jahren Schulter an Schulter, sie sind den gemeinsamen Interessen aller Kassenärzte und Kassenpsychotherapeuten verpflichtet. Bayerische Verhältnisse wird es in Berlin nicht geben. Auch in den kommenden sechs

Jahren wird es unser Ziel sein, die Geschlossenheit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin zu erhalten und zu fördern – und ein Gegeneinander der Hausärzte, Fachärzte und Psychotherapeuten zu vermeiden.

Wir haben auch die Integration der Psychologischen Psychotherapeuten in das KV-System geschafft. Dass es trotzdem immer wieder zu Konflikten kommt, liegt ausschließlich an der unzureichenden Finanzierung der psychotherapeutischen Leistungen. Unsere psychotherapeutischen Kolleginnen und Kollegen haben durch die BSG-Rechtsprechung Anspruch auf eine Nachvergütung von 50-70 Millionen Euro. Summen, die die Berliner Krankenkassen nie an die KV bezahlt haben. Die Kassen haben aber jede einzelne Leistung genehmigt und damit deren zwingende Notwendigkeit bescheinigt. Trotzdem weigern sie sich jetzt, die Kosten zu übernehmen. Zahlen sollen die Fachärzte. Nach dem Scheitern der Verhandlungen muss jetzt das Schiedsamt entscheiden – ich hoffe im Interesse der Ärzte und Psychotherapeuten.

In Zeiten von "Einkaufsmodellen" und Einzelverträgen brauchen wir mehr denn je eine starke KV, die die Interessen aller Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten vertritt. Auch wenn es bei den Kollegen immer wieder Ärger und Frust darüber gibt, dass zum Beispiel die Abrechnung nicht transparent genug sei, das Geld zu spät komme oder eine Information nicht sofort verfügbar sei, – die meisten wollen auf ihre KV nicht verzichten.

Wir werden die KV in den nächsten Jahren als kundenfreundlichen Dienstleister ihrer Mitglieder weiterentwickeln. Vieles wurde in den vergangenen Jahren vom Vorstand bereits in Bewegung gebracht. Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle das Service-Center erwähnen, das seit anderthalb Jahren am Netz ist. Allein in diesem Jahr erreichten die Mitarbeiter bisher rund 55.000 Anfragen. Der Vorteil für unsere Kollegen: Sie haben eine zentrale Anlaufstelle, die ihnen bei ihren Fragen und Problemen kompetent weiterhilft. Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit haben wir schon große Fortschritte erreicht.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des Vorstands bei unserem Hauptgeschäftsführer, Herrn Dusan Tesic, und seiner Mannschaft bedanken - für den Einsatz, das Engagement und die hervorragende Arbeit der Mitarbeiter der KV Berlin bedanken. Wir werden die gute Zusammenarbeit mit Ihnen fortsetzen und – ich bin mir sicher – unser gemeinsames Ziel, die KV noch leistungsfähiger und effizienter zu machen, erreichen.

Sie alle haben sicherlich noch im Ohr, wie heftig den KVEn während des Gesetzgebungsverfahrens gedroht worden ist. Sie sollten entmachteter, abgeschafft und gestutzt werden. Aber auch der Gesetzgeber hat letztlich eingesehen, dass es ohne KVEn nicht gehen wird. Also hat er eine Organisationsreform vorgeschrieben, die unter anderem einen hauptamtlichen Vorstand und eine Verkleinerung der Vertreterversammlung vorsieht. Mit unserem Amtsantritt am 1. Januar beginnt somit auch ein neues Zeitalter der ärztlichen Selbstverwaltung. Wir selbst haben es in der Hand, ob diese Veränderungen zu einer Entdemokratisierung der KV führen werden oder ob wir sie als Chance zu einem neuen Aufbruch nutzen.

Zum Abschluss lassen Sie mich danksagen: Meinen "alten" Vorstandskollegen, die mich in meiner jetzigen Funktion als Vize-KV-Vorsitzende tatkräftig unterstützt und mich bestärkt haben, dieses Amt – dieses "schwere" Erbe – anzutreten. "Schweres Erbe" deshalb, weil Sie, lieber Herr Richter-Reichhelm, mit Ihrem Wissen, Ihrer Redekunst und Ihrem Verhandlungsgeschick die Latte sehr hoch gehängt haben. Als ehemalige

Leistungssportlerin werde ich gemeinsam mit meinen beiden Kollegen natürlich versuchen, Ihnen nachzueifern.

Der neue Vorstand wird an das Erreichte anknüpfen und gemeinsam mit Ihnen, den Mitgliedern der Vertreterversammlung, die anstehenden Aufgaben angehen. Lassen Sie uns dabei fair und kollegial miteinander umgehen und nach Lösungen im Interesse unserer Wähler suchen. Lassen Sie uns gemeinsam und einheitlich für unsere Ziele eintreten. Bringen Sie Ihre Kritik bei uns an, ehe Sie diese nach außen tragen. Geschlossenheit, Fairness und Solidarität sind unsere Kraft. Nutzen wir sie.